

# Flüchtlinge: GEW fordert Einstellungsoffensive

Petra Lichtenberg

■ Bildungssenatorin Claudia Bogedan hat in ihrer Pressekonferenz die Einstellung von 75 zusätzlichen Lehrkräften bis Ende 2015 angekündigt, um minderjährige Flüchtlinge zu beschulen. Bis zu 80 neue Vorkurse sollen 2015 noch eingerichtet werden. Hierbei will sie auch auf pensionierte Lehrkräfte und Studenten zurückgreifen. Diese Planungen sind der aktuellen Situation nicht angemessen. Das Land Bremen muss sofort eine Einstellungsoffensive starten, um gut qualifizierte Lehrkräfte und u. a. Sozialpädagogen verlässlich und in ausreichender Zahl in den Schulen einsetzen zu können. Gute Deutschkenntnisse und eine schnelle Integration sind wichtig für einen erfolgreichen Bildungsweg.

Dieser fördert die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe.

Im Bildungsbereich muss die Kürzungs- und Sparpolitik endlich beendet und verantwortungsvoll gehandelt werden. Wir reden von zirka 1.600 Schulpflichtigen aus Flüchtlingsfamilien und 2.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Für sie müssten mindestens 250 Vorkurse eingerichtet werden. Derzeit gibt es etwa 80 Vorkurse, weitere 80 sind geplant. Das bedeutet: mindestens 90 Vorkurse fehlen. Und dies erfordert nicht nur 75, sondern 150 neue Lehrkräfte.«

Für 2015 rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit ca. 800.000 Asylsuchenden, zirka 8.000 davon muss Bremen aufnehmen. Im

Vergleich: 2013 kamen 109.580 Asylsuchende nach Deutschland, davon 1.109 nach Bremen. Darunter waren 250 Schulkinder und 180 unbegleitete Minderjährige.

Eine unzureichende personelle Ausstattung der Flüchtlingsbeschulung verschlechtert die Gesamtsituation an Bremer Schulen. Wenn die Bedingungen nicht stimmen, geht das zu Lasten einer gelungenen Integration und Akzeptanz, aber auch zu Lasten der Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler.

Deswegen fordert die GEW: Nur mit einer angemessenen, verlässlichen personellen Ausstattung können qualifizierte Sprachfördermaßnahmen organisiert, traumatisierte Kinder und Jugendliche unterstützt und mehr Klassen eingerichtet werden, denn aus den Vorkursen kommen die Schüler in Regelklassen. Auch deshalb benötigen die Bremer Schulen dringend die von Bürgermeister Carsten Sieling angekündigten 200 Lehrkräfte – und zwar jetzt zu Schulbeginn und zusätzlich.

## Alarmsignal in der Lehrer\*innenausbildung

Bernd Winkelmann

■ Anfang September 2015 begannen 27 angehende Lehrkräfte die zweite Phase ihrer Ausbildung, das Referendariat, in Bremerhaven. Damit blieb 1/3 der möglichen Ausbildungsplätze in der Seestadt unbesetzt. Dies ist ein erneutes Alarmsignal im Hinblick auf die zukünftige Lehrerversorgung.

Die Deputation für Bildung hatte in ihrer Sitzung am 04.03.2015 beschlossen, von den 180 zum 01.08.2015 zu besetzenden neuen Referendariatsstellen 40 nach Bremerhaven zu vergeben. Diese Summe bezieht sich auf alle Schulstufen und entspricht dem üblichen Vergabeschlüssel von 20 % der Referendare eines Jahrgangs, die in Bremerhaven ausgebildet werden.

Die Tatsache, dass nur 27 Plätze tatsächlich besetzt werden konnten, gibt Anlass zur Sorge, war es doch in

den letzten Jahren zunehmend erfolgreicher gelungen, in Bremerhaven ausgebildete Lehrkräfte für die Stadt zu gewinnen. Dies ist für die Schulen von Vorteil, da diese Kolleginnen und Kollegen mit dem kommunalen System vertraut sind. Jede nicht genutzte Stelle ist damit eine vertane Chance, die Situation in der Lehrerversorgung zu verbessern.

Außerdem ist die Nichtbesetzung von Ausbildungsstellen ein fatales Signal an alle erfolglosen Bewerber\*innen, die auf einen Ausbildungsplatz warten. Diese müssen sich mit Vertretungen durchschlagen oder bewerben sich in anderen Bundesländern. Nachvollziehbar für die zukünftigen Lehrkräfte ist dieses Verfahren jedenfalls nicht. Vor allem wirbt es nicht für diesen Standort.

Dass auch die Landeshauptstadt nicht alle Plätze besetzen konnte –

insgesamt sind ca. 140 der 180 Stellen vergeben – beruhigt überhaupt nicht. Vielmehr ist auch das ein Hinweis, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden müssen:

- die Attraktivität des Referendariats muss gesteigert werden, etwa durch Herabsetzung des bedarfsdeckenden Unterrichts oder durch bessere Bezahlung;
- das Nachrückverfahren ist zu überprüfen, damit eventuell abspringende Bewerber\*innen möglichst lange ersetzt werden können;
- die Deputation für Bildung ist aufgefordert, die Kapazitätsverordnung für den 01.02.2016 zu korrigieren und um die jetzt freien Stellen zu ergänzen (»Nachtrags-KapVO«).

Die Senatorin, die Landespolitiker\*innen und das LIS sind gefordert!